

Sozialdemokraten fordern „Sozialtarife“ für Strom und Gas

# Unsozial

Von Gerd Held

Es war eine gute Woche für die SPD. Sie konnte an allen Fronten punkten. Angesichts ihres Mitgliederschwunds machte sie umgehend ihr neues Selbstbewusstsein deutlich und setzte Wolfgang Clement per Parteiausschluss auch noch vor die Tür. Zugleich wird konsequent an der Schraube der neuen Sozialpolitik weitergedreht, die die SPD nach Münteferings Abgang verfolgt. Die Partei nimmt die steigenden Preise bei Strom und Gas zum Anlass, um „Sozialtarife“ zu fordern. Die Energiemengen für einen „Grundbedarf“ sollen von den Energieunternehmen verbilligt abgegeben werden.

Darin ist eine grundlegende Wende der ehemaligen Arbeiterpartei SPD enthalten. In früheren Zeiten, in denen die Arbeiterbewegung um ihren rechtmäßigen Platz in der bürgerlichen Gesellschaft kämpfte, waren Hunger und Kälte Anlass, um den Wert der Arbeit zu unterstreichen. „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“ war der Ruf, in dem eine eigene, arbeiterbürgerliche Idee des Sozialen enthalten war: einer Gesellschaft nämlich, die die Knappheiten und Notlagen dieser Welt durch Leistungen beantwortet. Damals war das Gesellschaftliche noch nicht auf jene tote, blinde Gleichheit geschrumpft – in der jeder, was immer er auch tut oder nicht tut, seine Existenz schon gesichert hat. Die Sozialdemokratie hatte, bei aller Gesellschaftskritik, doch Anteil an der Grundidee einer durch Leistung gegliederten Gesellschaft – zu einer Zeit, als der Lohnanteil eines Textil- oder Stahlarbeiters, der für Brot und Wärme ausgegeben werden musste, weit höher war als heute. Wenn also jetzt wieder existenzielle Preise steigen, wäre das eigentlich der Moment, an dem die SPD darauf verweisen müsste, dass sich die Anstrengungen derjenigen

lohnern, die es zum Facharbeiter gebracht haben oder die sich in einem angelernten Job bei Wind, Wetter und Schicht bewährt haben. Sie müsste auf dem Unterschied beharren, der die Arbeitenden den steigenden Kosten besser trotzen lässt als die Nicht-Arbeitenden. Sie müsste auch darauf verweisen, dass die Gesellschaft ein Bau ist, der vom Unterschied in der Arbeit abhängt und in dem „sozial“ eine Auszeichnung ist, die es nicht gratis gibt.

Aber die SPD reißt diesen Unterschied ein. Sie hat sich von ihrer bisherigen sozialen Welt um Lichtjahre entfernt. Denn die Forderung nach „Sozialtarifen“ blendet den Beitrag der Arbeit völlig aus. Hier wird dem gegeben, der einfach da ist und der schon dadurch einen Anspruch auf „Grundsicherung“ erworben hat – egal wie es draußen in der Welt stürmt. Die Arbeit ist kein auszeichnendes Merkmal mehr. Dennoch trägt die neue SPD die Forderung nach den „Sozialtarifen“ mit einer Inbrunst vor, als wäre sie der Inbegriff sozialer Gesinnung und Quintessenz jeglicher Moral überhaupt. Sie scheint nicht einmal mehr zu ahnen, dass sie hier die Axt an das Soziale legt und den anspruchsvollen moralischen Bau der Moderne untergräbt. Denn das, was die SPD mit den Sozialtarifen scheinbar gratis gibt, nimmt sie den Arbeitenden als Leistungsmotiv. Warum sollte man sich auf den mühevollen Weg zum Facharbeiter machen, warum sollte man überhaupt jahrelang jeden Tag pünktlich seine Arbeit machen, wenn es gegen Hunger und Kälte auch andere Lösungen gibt? Vor allem ist das öffentliche Signal, das von dieser Forderung ausgeht, verheerend. Der moralische Einsatz unseres Landes wird auf die Aufgabe verlegt, die Menschen ohne Arbeit zu behüten. Wer die unaufhörlichen Klagen, Warnungen und

Projektideen ernst nimmt, bekommt den Eindruck, die moralisch interessante Zone dieser Gesellschaft sei die Nicht-Arbeit und das reine „Gesichert-Werden“. Wenn die soziale Aufmerksamkeit so demonstrativ nur den Bedürfnis-Trägern gilt, können sich die Leistungsträger nur noch als Fremde im eigenen Land fühlen.

Nun könnte man einwenden, dass die geforderten Sozialtarife für Strom und Gas nur ein begrenzter Fall sind, der nicht überbewertet werden darf. Es gehe nur um eine Ausnahmesituation, damit im nächsten Winter nicht „Zehntausende frieren müssen“ (DGB-Chef Sommer). Das ist eine Täuschung. Denn es ist nicht die drohende Winterkälte, die die Forderungen inspiriert, sondern ein verändertes Gesellschaftsbild, das nur noch eine leere Gleichheit abstrakter „Menschen“ kennt.

Die SPD wollte ja schon vor den Preissteigerungen Gratisanteile am Aufschwung unters Volk bringen – sie wollte also nach dem gleichen Muster verfahren, mit dem sie jetzt Sozialtarife bei teuren Gütern fordert. Nein, hier geht es nicht um die besondere Sensibilität einer Arbeiterpartei für die Nöte des kleinen Mannes, sondern hier spricht eine besondere soziale Schicht, die – arbeitsfern und freischwebend - an den zahlreichen Hebeln, Töpfen und Mikrofonen der sozialen Umverteilung und Beratung sitzt. Die demonstrative Ignoranz der Arbeitswelt und die leere Gleichheit des „Sozialen“ entsprechen der Erfahrungswelt dieser sozialen Schicht. Wer heute Parteiversammlungen der SPD besucht, wird entdecken, wie sehr sie zum prägenden Typus der ehemaligen Partei der Arbeit geworden ist.

*(Manuskript vom 31.7.2008, erschienen als Leitartikel in der Tageszeitung „Die Welt“ am 5.8.2008)*